

„Die Menschenwürde ist nicht umsonst unser höchster Verfassungswert“

Von Herta Däubler-Gmelin

Ich empfinde es als große Ehre, dass ich heute die Laudatio auf Sea-Watch halten darf. Herzlichen Glückwunsch auch an alle anderen Aktiven von Sea-Watch, die heute schon wieder unterwegs sind, um schutzlose Menschen im Mittelmeer vor dem sicheren Ertrinken zu retten.

Die AnStifter haben das Ziel: „Laut werden, tolerant bleiben, Zivilcourage und Eigensinn haben und sich einmischen!“ Und das alles in der Gewissheit, dass eine andere Welt möglich ist, und dass wir alle die Verantwortung dafür tragen. Sie haben mit Sea-Watch eine Gruppe von Menschen ausgewählt, die genau so denken – und genau danach handeln!

Aber schauen wir uns näher an, was Sea-Watch ist. Ihre Homepage sagt, dass sich dort Menschen zusammengefunden haben, die „vehement dafür einstehen, dass kein Mensch mehr an Europas tödlicher Seegrenze sterben muss“. Die Idee zur zivilen Seenotrettung haben sie im Jahr 2014 entwickelt, also in dem Jahr, in dem Europa nicht mehr darüber hinwegsehen konnte, dass immer mehr Menschen die Flucht über das Mittelmeer nicht überlebten, dass immer mehr ertranken, Frauen, Männer und Kinder.

Klar, der Schutz von Schwachen, die Rettung von Menschen in Lebensgefahr wäre, nein, ist die Aufgabe der EU und ihrer Mitgliedsstaaten.

Rettung von Menschen geht vor

Sicher, der Schutz von Grenzen ist wichtig, auch Vorschriften zur Sicherung der legalen Grenzkontrollen sind legitim. Aber die Rettung von Menschen in Lebensgefahr geht in jedem Fall vor! Völkerrechtlich ist das klar – und auch die Handelsschiffahrt rettet Menschen, die sonst ertrinken würden. Aber wir wissen, die Seenotrettung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten liegt im Argen. Viel zu wenig wird dafür getan – und viel zu viel wird auf unververtretbare Weise durch beschämende Vereinbarungen etwa an die Küstenwache Libyens gegeben, outgesourct sozusagen. Das ist leider bis heute so – trotz der vielen Mahnungen – übrigens auch des Europäischen Parlaments in jüngerer Zeit.

Weil das so ist und weil man das als Bürgerin oder Bürger Europas nicht akzeptieren kann, haben Sie, verehrte Preisträger, als Privatpersonen, als Bürgerinnen und Bürger 2015 das Heft in ihre Hände genommen und Sea-Watch als Verein gegründet. In Berlin.

Mir ist einer seiner Gründer, Harald Höppner, in Erinnerung. Nicht nur, weil er – wie ich gelesen habe – selbst viel von seinem Geld eingebracht hat.

Ich erinnere mich vor allem noch an seinen spektakulären Auftritt bei Günther Jauch. Damals hat er es mit einer Schweigeminute geschafft, grelle Scheinwerfer auf das Entsetzliche zu lenken, was da im Mittelmeer geschah und bis heute geschieht. Jetzt kann keiner mehr sagen, er wisse nicht, dass das Mittelmeer längst zu einem Meer des Todes, des Massensterbens von Menschen geworden ist. Der Verein Sea-Watch sammelte Geld – das tut er noch heute. Und kaufte einen Kutter, den er für die Seenotrettung umbaute. Dann begannen seine Rettungsmissionen, Sea-Watch I, II, und III. Damals fuhren sie unter niederländischer Flagge – dort gab es offensichtlich mehr Unterstützung. Heute fährt Sea-Watch wieder unter deutscher Flagge. Das signalisiert Unterstützung – so wollen wir das sehen. Das finden wir gut.

Die Mitglieder von Sea-Watch, auch die ja wechselnde und häufig ehrenamtliche Crew, hat seit Juni 2015 zwischen Libyen und Italien Tausende von Menschen vor dem Ertrinken gerettet.

Wie schwierig diese Arbeit ist, wie unglaublich anstrengend und den ganzen Menschen bis an die Grenze des Erträglichen fordernd, das können Sie selbst miterleben, wenn Sie die Fernsehdokumentation anschauen, die ein Team – auf der Sea-Watch mitfahrend – eindrucksvoll aufgezeichnet hat.

Im letzten Sommer ist besonders die Rettungsaktion der Sea-Watch III in Lampedusa bekannt geworden. Sie hat im letzten Juni Flüchtlinge gerettet und an Bord genommen, durfte dann aber keinen Hafen anlaufen, um die Menschen an Land zu bringen. Diese Rettungsaktion hat viel Aufmerksamkeit gefunden und auch bei uns die Diskussion um den Umgang mit Flüchtlingen und der Seenotrettung wieder angeheizt. Leider in einer bedauerlichen politischen Auseinandersetzung, in der Rechte und Rechtsextreme mit Angstparolen und Verleumdungen hetzen, um Menschen Angst einzujagen, um nicht nur die Hoheit über die Stammtische zu gewinnen, sondern um über die Öffentlichkeit immer stärker Druck in ihrem Sinn auf die Politik auszuüben. Die soll gegen Asyl und Migration, gegen den Schutz von Schwachen, gegen Fremde und für rechte Parolen gefügig gemacht werden.

Lebensretter als Schlepper und Schleuser verunglimpft

Da wird dann ständig wiederholt, dass Grenzschutz vorgehe, dass die EU ihre Grenzen dichtmachen müsse, koste es, was es wolle.

Da werden die zivilen Seenotretter, aber auch die Seenotrettung insgesamt immer stärker in die Ecke von Helfern für Schlepper und Schleuser gedrückt. Da wird so getan, als seien sie – § 93 StGB lässt grüßen – Kriminelle, als würden sie sich an Deutschland und den hier hart arbeitenden Menschen vergehen.

Besonders perfide ist der Hinweis, durch die Unterstützung von Flugzeugen, die auf dem offenen Meer nach gefährdeten Menschen in Schlauchbooten suchen, arbeiteten die zivilen Seenotretter den kriminellen Schleuserbanden geradezu in die Hände. Oder der Vorwurf, die Retter, die Flüchtlinge nicht wieder zurück nach Libyen und die dortigen schrecklichen Lager schicken – push back –, sondern richtigerweise versuchen, sie in europäische Häfen zu bringen, wo wenigstens die Möglichkeit zur Beantragung von Schutz und Asyl besteht, würden diese Flüchtlinge „benutzen, um linke Politik“ zu machen.

Das alles soll die Angst vieler Menschen bei uns vor Migration, vor Fremden anheizen, und – das ist zu beobachten – ist darin leider ziemlich erfolgreich. Zugleich soll das rechtsstaatliche und demokratische, auf Menschenrechte und Würde Wert legende Politik denunzieren, verächtlich machen. „Deutschlandhasser“ ist die Bezeichnung, die einer dieser famosen AfD-Granden derzeit besonders gern benutzt.

Natürlich wollen wir das nicht. Wir dürfen es aber auch nicht zulassen, weil Rechte mit Angst vor Fremden und Denunziationen von Demokraten schon immer erfolgreich auf Stimmenfang gegangen sind. Wir kennen das – aus dem elenden Streit um das Asylgrundrecht und seiner ständig fortschreitenden Aushöhlung. Und wir kennen das aus dem ebenso heuchlerischen Streit um die Frage: Ist Deutschland nun ein Einwanderungsland oder nicht?

In diesen politischen Streit, um den Machtkampf der Rechtsextremen um mehr politischen Einfluss, ist auch die zivilgesellschaftliche Seenotrettung geraten. Auch das ist nicht neu,

denken wir nur an das Schiff der jungen Leute oder an die Cap Anamur und den schändlichen Umgang mit deren damaligem Kapitän Schmidt.

Dagegen müssen wir alle vorgehen. Tun wir das nicht, dann lassen wir zu, dass sich Recht und Unrecht, dass sich die Werte einer demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaft in den Köpfen und im Denken vieler Menschen immer stärker verschieben. Und das hat dann Einfluss auf die Öffentlichkeit und von da auf die Politik. Dann lassen wir zu, dass Menschlichkeit, Menschenrechte, der Schutz von Schwachen, auch der Schutz durch Asyl und andere Verfassungswerte aus den vorrangigen Aufgaben der Politik demokratischer Rechtsstaaten verdrängt werden.

Das Recht auf Würde und Leben ist nicht Europa vorbehalten

Lassen wir es nicht zu, dass manche sagen, und zwar ohne lauten Widerspruch von denen, die es besser wissen: Freilich ist es bedauerlich, dass Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken. Aber, das hat doch mit uns nichts zu tun, das ist doch nicht die Verantwortung Europas. Diese Menschen bräuchten doch nicht in die bekanntlich maroden Schlauchboote zu steigen, sie wüssten doch, worauf sie sich einlassen. Und wenn jemand Schuld an dem Massensterben habe, dann seien es die Schlepper- Gänge und die Schleuserbanden. Und natürlich die, die ihnen helfen. Die müsse man bekämpfen.

Wer berichtet, wie es den Flüchtlingen geht – in den Folterlagern in Teilen Libyens und anderer Länder –, wer, wie viele Kirchenleute, Hilfsorganisationen, aber auch Politiker mahnt, wird als naiv abgetan oder in die Ecke derer gestellt, die jene Hetzer verächtlich als „Gutmenschen“ bezeichnen.

Und das hat Auswirkungen. „Wir können nicht allen helfen“, diese Buchüberschrift von einem Politiker, von dem man so etwas eigentlich nicht erwarten sollte, ist in diesem Kontext besonders schädlich. Kalkuliert oder aus Leichtsinn? Schwer zu sagen. Auf jeden Fall ist das ein Irrsinn, der dazu führen kann, dass immer mehr Menschen meinen, das Recht auf Leben und Würde sei ihnen, den Europäern vorbehalten. Auch das Recht auf Leben und Schutz. Für andere, für Flüchtlinge, auch solche in Lebensgefahr hingegen gelte das nur, wenn es politisch opportun ist oder unsere konsumorientierte Lebensweise nicht wesentlich beeinträchtigt.

Dieser Irrsinn ist brandgefährlich. Zerstörerisch für unsere Gesellschaft.

Und da gibt es noch einen weiteren Satz, den ich für feige und verachtenswert halte. Er lautet: Da kann man eben nichts machen!

Aber diesen Satz hat Sea-Watch nie akzeptiert. Die Stuttgarter AnStifter übrigens auch nicht. Sie, die Sea-Watch-Aktiven, machen und handeln. Dafür bekommen sie heute den Friedenspreis 2019.

Noch ein paar Worte zu der Rettungsaktion im letzten Sommer: Am 29. Juni 2019 hat die Sea-Watch III den Hafen von Lampedusa angelaufen, obwohl der rechtsextreme Innenminister Italiens die italienischen Häfen gesperrt und dem Schiff ausdrücklich verboten hatte, sich der Insel zu nähern.

Die Kapitänin der Sea-Watch III, Carola Rackete, hat sich davon nicht beeindrucken lassen. Sie hat damals erkannt, dass die Lage der 52 Flüchtlinge, die schon 17 Tage lang auf dem Schiff hatten aushalten müssen, es dringend erforderlich machte, sie an Land zu bringen. Dann hat sie entschieden und entschlossen gehandelt.

Das war die professionelle, menschliche und richtige Entscheidung eines verantwortungsvollen und verantwortlichen Kapitäns. Dafür danken wir Frau Rackete auch heute. Sie kann zwar nicht bei uns sei, aber Sie, die Vertreter von Sea-Watch, werden ihr sicherlich unsere Dankbarkeit und unsere Grüße überbringen. Und natürlich auch der gesamten Crew, die jene schwierigen Tage auf See und in Italien zusammen durchgestanden hat.

Italienische „Sardinien“ formieren sich gegen Rassismus

Frau Rackete und die Crew wurden für diese Entscheidung von Vielen gerühmt und gelobt – auch in den Medien. Sie hat auch Auszeichnungen erhalten. Das ist gut – wir gratulieren auch dazu sehr herzlich.

Aber vergessen wir bitte nicht, Frau Rackete wurde auch kritisiert; und nicht nur das. Sie wurde auch übel beschimpft und persönlich schlimm verleumdet und bedroht: als „Schlampe“, „Zigeunerin“, „Kriminelle“. In Zeitungen, Funk und Fernsehen, aber auch ganz offen in vielen der so üblen sogenannten sozialen Medien. Der damalige italienische Innenminister Salvini, der heute nach wie vor mit Fremdenfeindlichkeit wirksam auf Stimmenfang geht, beschimpfte sie als „deutsche Zecke“.

Kleine Nebenbemerkung: Ich finde es bewundernswert, dass so viele Italiener, ganz normale Menschen, diesem rechtsextremen Politiker endlich in großen Demonstrationen – wie „Sardinien“ zusammengepresst – Paroli bieten und mit dem Widerstandslied „Bella Ciao“ an den antifaschistischen Inhalt auch der Verfassung Italiens erinnern. Wir sollten sie auch bei uns unterstützen. Und – wir müssen bei uns noch mehr tun, um dem Hass und der Hetze gegen Fremde, gegen Flüchtlinge und gegen Menschen wie die Mitglieder von Sea-Watch entgegen zu treten.

Auch in den Medien, in den unsozialen Medien, am Stammtisch und wo auch immer. Eingreifen, widersprechen ist angesagt, wenn da so getan wird, als seien „die Anderen, die Fremden, die Flüchtlinge, die Migrantinnen, die Retter“ der Stein des Anstoßes, die es zu bekämpfen gälte.

Nicht die anderen sind die Feinde, schon gar nicht die Retter und Helfer von schutzbedürftigen Menschen. Die Hetzer und Hassverbreiter sind die Steine des Anstoßes. Sie haben Unrecht – und wir alle müssen endlich wieder stärker dafür sorgen, dass die Verwirrung in den Köpfen und in der Öffentlichkeit aufhört, und dass Menschlichkeit und Recht wieder zusammen gesehen werden. Sonst lassen wir weiter zu, dass unsere Gesellschaft kaputtgeht.

Übrigens: Das Strafverfahren gegen Carola Rackete in Italien ist bisher nicht beendet. Sea-Watch und der Rechtshilfefonds unterstützen sie. Auch das ist imponierend.

Darüber hinaus finde ich es bewundernswert, wie klar die italienische Richterin, die schlussendlich die Freilassung von Frau Rackete angeordnet hat, das Recht, ja die Pflicht zur Seenotrettung herausgearbeitet hat. Sie hat ganz deutlich festgestellt, dass die Kapitänin angesichts der vorhandenen Notlage nicht nur professionell und menschlich, sondern auch juristisch – nach geltendem Völkerrecht, das unkorrekten ministeriellen Anordnungen vorgeht – richtig entschieden hat. Die Richterin hat die einschlägigen Völkerrechtsnormen gelesen und aufgezählt. Die will ich Ihnen hier ersparen. Aber sie existieren. Auch viele deutsche Völkerrechtsexperten haben die Feststellungen der italienischen Richterin unterstützt. Leider nicht alle.

Lassen Sie mich hinzufügen: Die italienische Richterin hat nicht nur in diesem ganz besonderen Fall, sondern auch ganz generell recht: Geschriebene Normen und gerechtes Recht, also das Recht, das Gerechtigkeit und Menschlichkeit verpflichtet ist, gehören zusammen. Die

Menschenwürde ist nicht umsonst unser höchster Verfassungswert – als Grundrecht für jedermann.

Regeln ohne Menschlichkeit bedeuten schlimmste Willkür

Staaten müssen sie schützen, nationale Gesetze ebenso wie völkerrechtliche Regelungen. Auch die global und universell geltenden Menschenrechte müssen eingehalten und angewendet werden. Regeln ohne Menschlichkeit und Recht bedeuten schlimmste Willkür. Das hat Gustav Radbruch, der großartige Rechtsphilosoph und demokratische Politiker in seiner Radbruchschen Formel als Lehre aus der Willkür und der furchtbaren Verstrickung der Nazi-justiz zusammengefügt. Seine Worte gelten, mahnen auch heute.

Wir alle haben die Bilder der überwältigenden Hilfsbereitschaft beim Eintreffen der vielen hilfsbedürftigen Flüchtlinge noch vor Augen. Was für eine Offenheit, was für eine Hilfsbereitschaft – das war großartig.

Heute aber reden wir zu wenig darüber, dass sich – all den Schreiern und Hassern zum Trotz – immer noch Millionen von Einheimischen (insgesamt sind es nach den Statistiken mehr als fünf Millionen) in der Unterstützung von Flüchtlingen engagieren. Sie tun das in ganz unterschiedlichen Bereichen, ehrenamtlich, unspektakulär, selbstverständlich. Auch das ist großartig und bemerkenswert. Deshalb sollten wir lauter und deutlicher auch darüber reden.

Mit der Verleihung des Friedenspreises 2019 wollen und tun beide, Sea-Watch und AnStifter, jedoch noch mehr: Sie setzen ein Zeichen und fordern eine andere Politik.

Sie, wir alle fordern die EU und die Mitgliedstaaten auf, endlich ihre Politik gegenüber Flüchtlingen zu verändern, endlich aktiv bei der Rettung zu helfen, Menschen nicht mehr sterben zu lassen, ihnen auch in den elenden Flüchtlingslagern in Griechenland, auf dem Balkan, in Nordafrika und der Türkei zu helfen. Kurz, ihre Würde und ihre Rechte endlich zu achten, sie ihnen wieder zu geben. Das ist das Mindeste, was geschehen muss, was jetzt geschehen muss. Unmittelbar.

Wer eine bessere Migrationspolitik betreiben will – es wird ja immer so viel über Fluchtursachen und deren Bekämpfung gefaselt –, der muss entschiedener, langfristiger und mutiger Politik machen:

Da geht es zum einen um die glaubwürdige und wirksame Bekämpfung der Klimakrise jetzt. Das kann man nicht mehr verschieben. Da hat Friday for Future doch recht! Wer länger mit wirksamen Maßnahmen wartet, erreicht nur, dass alles, wenn wir die Zukunft unserer Kinder nicht vor die Hunde gehen lassen wollen, immer teurer wird. Und dass wir immer weniger Demokratie haben werden, denn demokratische, partizipative Verfahren brauchen einfach eine gewisse Zeit.

Das aber wird nicht ausreichen. Wir brauchen auch klare Entscheidungen gegen unsere extreme Ressourcenverschwendung, die wir, bedenken- und gedankenlos, auf dem Rücken der Menschen betreiben in Ländern, aus denen viele Junge fliehen. Kurz, es muss darum gehen, dass die steigende Zahl der jungen Leute, insbesondere in Afrika, eine Chance bekommt, dass sie in ihrer Heimat friedlich leben können.

Von der globalen Flüchtlingszahl trägt Europa die geringste Last

In diesem Zusammenhang kann ich der Idee viel abgewinnen, endlich damit aufzuhören, die Rüstungsausgaben oder die NATO-Beiträge zu steigern oder das zu fordern. Wir sollten statt-

dessen die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit auch an die Steigerung unseres Brutto- sozialprodukts koppeln und diesen Bereich als Zukunftsbereich, nicht als lästiges Anhängsel behandeln.

Die weitere Abschottung Europas mit noch so vielen Geldern für autoritäre Regime oder Grenzbefestigungen wird nicht viel nützen. Wer in seiner Heimat nicht leben kann und keine Chancen auf Zukunft hat, der wird weggehen. Der muss weggehen. Trotz Risiko und Lebens- gefahr. Der wird sich auch in Zukunft sagen: Ich will Zukunft haben.

Und, seien wir einmal ehrlich: Von der globalen Flüchtlingszahl trägt Europa die geringste Last; auch Deutschland, das bei seinen mehr als 81 Millionen Menschen jetzt circa 800 000 Flüchtlinge aufgenommen hat. Das ist mit dem, was Libanon, was Jordanien, aber auch die Türkei leisten, nicht zu vergleichen.

Verehrte Sea-Watch-Preisträger: Sie setzen Zeichen, Sie handeln. Sie sind Vorbilder. Dafür danken wir Ihnen. Bitte machen Sie das weiter, trotz Schwierigkeiten, Anfeindungen und Hindernissen. Seien Sie versichert: Wir hier unterstützen Sie.

Der vorliegende Text ist die etwas gekürzte Fassung der Rede, die die frühere Bundesjustiz- ministerin Herta Däubler-Gmelin zur Verleihung des Stuttgarter Friedenspreises an Sea- Watch am 15.12.2019 im Stuttgarter Theaterhaus als Laudatio hielt.